

Zur Eröffnung des Hauptverfahrens im WCCB-Bauskandal gegen Mitarbeiter der Stadt Bonn:

## **BBB begrüßt, dass es für die Verantwortlichen jetzt ernst wird – Stadt finanziert dennoch ihre Verteidiger**



Die **BBB**-Stadtratsfraktion begrüßt, dass die 7. Große Strafkammer des Landgerichts Bonn das strafgerichtliche Hauptverfahren gegen die beiden Mitarbeiter der Stadtverwaltung eröffnet hat, die für die Stadt Bonn federführend mit der Vorbereitung und Abwicklung des Kongresszentrums WCCB, insbesondere mit dessen Finanzierung, befasst waren. Damit wird endlich gerichtlich festgestellt werden, ob und in welchem Umfang hier gegen die Interessen der Stadt gehandelt worden ist.

Bedauerlich bleibt, dass mit der Verhandlung erst im Spätsommer begonnen wird, denn jeder Monat, der vergeht, erschwert die Sachaufklärung. Hinzu kommt, dass die Staatsanwaltschaft ohne die Staatsanwälte auskommen muss, die an diesem Fall über Jahre gearbeitet und die Anklageschrift eingereicht haben: Oberstaatsanwalt Fred Apostel wird das Verfahren nur als Pensionär verfolgen können, der zweite Staatsanwalt ist zwischenzeitlich in das von einem SPD-Minister geleitete Justizministerium befördert worden. Nicht nur für den **BBB** ist das ein Vorgang mit einem gewissen Geschmäcke. Der **BBB** hofft dennoch, dass im Rahmen der Hauptverhandlung die Wahrheit ans Licht kommen wird und endlich auch die Rolle aufgeklärt wird, die die ehemalige SPD-OB Barbara Dieckmann als Chefin der Stadtverwaltung im Rahmen dieses für die Stadt so teuren Skandals gespielt hat.

Der Antrag des **BBB**, nach Eröffnung des Strafverfahrens den beiden städtischen Angeklagten keine Vorschüsse mehr für ihre Strafverteidigung zu zahlen, lehnte die Ratsmehrheit ab. Für den **BBB** war mit den 524.000 Euro, die ihnen bisher bereits bereitgestellt wurden, die Grenze der Zumutbarkeit für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Bonn erreicht. Er sieht auch keinen Anlass mehr, den Angeklagten gegenüber einer Fürsorgepflicht nachzukommen. Denn ihnen werden in der Anklageschrift Straftaten zulasten der Stadt Bonn vorgeworfen.

Inklusive Bildung:

### **Gymnasien werden abgestraft**

Der pauschale Vorwurf von CDU und Grünen, die städtischen Gymnasien würden sich beim Thema Inklusion „wegducken“, ist aus Sicht des **BBB** unhaltbar. Nach dem Schulgesetz entscheidet allein die Schulleitung über die Aufnahme an weiterführende Schulen. Dabei kann sie sich nach wie vor an der Empfehlung der Grundschule orientieren. Gymnasien sollen zur Hochschulreife führen. Sonderpädagogischer Förderbedarf darf damit nicht vermischt werden. Für den **BBB** wäre es widersinnig, wenn künftig Kinder mit Gymnasialempfehlung abgelehnt werden, Kinder ohne Gymnasialempfehlung, aber mit sonderpädagogischem Förderbedarf dagegen angenommen werden müssten, nur um nach dem Willen von CDU und Grünen auch an Gymnasien „Inklusionsplätze“ zu schaffen. Dass CDU und Grüne zusätzlich die Schulaufsicht auffordern, zur Strafe den Gymnasien Stellen abzuziehen und sie den Gesamtschulen zuzuweisen, weil dort mehr Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf aufgenommen werden, ist für den **BBB** ein Skandal und ein weiterer Affront gegenüber den städtischen Gymnasien.

Zahlen des Stadtkämmerers beweisen:

### **Schwarz/Grün hat Finanzen der Stadt ruiniert**

Die noch amtierende Koalition von CDU und Bündnis90 / Die Grünen ist reif für einen Offenbarungseid. Denn sie hat in der laufenden Wahlzeit das Eigenkapital der Stadt um 312 Mio. Euro verringert, gleichzeitig den Gesamtschuldenstand seit Beginn ihrer Arbeit am 30.09.2009 bis zum 31.12.2013 um 31 % gesteigert. Angesichts dieser Fakten erscheint es dreist, wenn sich diese beiden Fraktionen dennoch ihrer Leistungen in den vergangenen Jahren rühmen. Trotz dieser Explosion der Schulden lehnen CDU und Grüne weiter ein Haushaltssicherungskonzept ab und weisen alle Schuld an der Finanzmisere von sich. Mit dem Sparen wollen sie weiter nicht beginnen. Bei vergleichbaren Ergebnissen eines Wirtschaftsunternehmens würden die für solche Ergebnisse verantwortlichen Geschäftsführer in die Wüste geschickt.

Erschreckend ist für den **BBB** vor allem die Zunahme der Kassenkredite, die die Lücke zwischen den laufenden Einnahmen und Ausgaben stopfen. Sie haben sich seit dem 30.09.2009 von 338,8 Mio. um 354,7 Mio. auf 693,5 Mio. erhöht und damit mehr als verdoppelt.

Sparkasse KölnBonn:

### **Mann über Bord**

„Er bringt nicht nur frischen Wind, sondern auch eine erfrischend andere Sicht auf die Sparkassenwelt mit. Im nächsten Jahr wird er unseren Vorstand ergänzen.“ So stellte Sparkassen-Chef Artur Grzesiek Professor André Dicken der Presse als Nachfolger des ausgeschiedenen Vorstandsmitgliedes für Finanzen, Controlling und Risikosteuerung vor. Ein Jahr später war der Traum zu Ende. Am 11. Juni 2013 informierte die Sparkasse, ohne dass dies in der Presse bekannt wurde, man habe sich „im gegenseitigen Einvernehmen darauf geeinigt, das Dienstverhältnis ... zum 30. September 2013 zu beenden.“ Was man bis heute schamhaft verschweigt: Der vom Verwaltungsrat beschlossene Vertrag ermöglichte die Beendigung des Dienstverhältnisses nur mit einem goldenen Handschlag und mit Folgekosten von fast vier Mio. Euro für die Sparkasse. Für den Flop mitverantwortlich waren auch die vom Bonner Stadtrat entsandten Aufsichtsrats - Mitglieder Guido Déus (CDU), Bärbel Richter (SPD) und Thomas Schmidt (Grüne).

### **WCCB wird konzerttauglich**

Die Ausschreibung zur Herstellung der Konzerttauglichkeit des Großen Saals im WCCB wollte der *BBB* angesichts der aktuellen Debatte ums Festspielhaus noch einmal zurückstellen. Der Rat hatte 2013 beschlossen, das WCCB für zusätzliche 2,4 Mio. Euro mit einer elektronischen Nachhallanlage konzerttauglich herzurichten, um eine Interimsstätte für die Beethoven - Festspiele während der Sanierung der Beethovenhalle vorhalten zu können. Der *BBB* plädierte dafür, mit den Ausschreibungen zu warten, bis entschieden sei, ob das Festspielhaus am neuen Standort neben der Beethovenhalle realisiert werden könne. Wenn ja, könnte man die 2,4 Mio. komplett einsparen. Die Ausschreibung hätte auch gefahrlos bis Mai 2015 verschoben werden können. CDU, Grüne, FDP und Linke lehnten das dennoch ab.

### **Den Rat passiert:**

#### **Güterzüge lärmen weiter**

Abgelehnt wurde der Antrag des *BBB*, schnellstmöglich im Rheintal ein Nachfahrverbot für Güterwagen mit veralteter Bremstechnik einzuführen, Hauptursache für den Höllenlärm der Güterzüge. Die Ratsmehrheit hielt die Absicht der Bundesregierung für ausreichend, ein solches Verbot erst 2016 zu prüfen, falls bis dahin nicht die Hälfte der Güterwagen mit neuen Bremsen ausgestattet sein sollte.

#### **Alkoholverbot abgelehnt**

Abgelehnt wurden Anträge von *BBB* und CDU, auch in Bonn wie im Kölner Stadtgebiet ein Alkoholverbot in Bussen und Bahnen und auf den U-Bahn Haltestellen einzuführen. Der *BBB* hatte im Interesse der Fahrgäste für einheitliche Regelungen in Köln und Bonn plädiert.

#### **OB muss künftig erst fragen**

Auf Anregung des *BBB* wurden die Mittel, die dem OB für die Beauftragung externer Sachverständiger, Berater und Rechtsbeistände für das WCCB zur Verfügung stehen, zugunsten des Hauptausschusses gesperrt. Die bisherigen Ausgaben für WCCB-Berater summieren sich inzwischen auf 9,020 Mio. Euro (Stand 25.02.2014). Daher fordert der *BBB* eine sorgfältige Prüfung, ob hier weitere Ausgaben zwingend notwendig sind.

#### **Nachtflugverbot gefordert**

Mit knapper Mehrheit von 38:36 Stimmen beschloss der Rat gegen CDU und FDP einen *BBB*-Antrag, mit dem der erneute Versuch der Landesregierung unterstützt wird, für den Flughafen KölnBonn ein Nachtflugverbot für Passierflüge bei der Bundesregierung zu erreichen. Der *BBB* kann nicht einsehen, dass z.B. an sieben Wochentagen um 01.55 Uhr Flüge von KölnBonn nach Istanbul oder an sechs Wochentagen um 03.45 Uhr nach Recife unverzichtbar sein sollen.

#### **Teures Dach für Stahlrösser**

36.000 Euro ist dem Stadtrat ein überdachter Radparkplatz in der Budapester Straße wert. Dem *BBB* war das angesichts der Finanzlage der Stadt schlicht zu aufwendig.



Dieses Hochhaus mit 17 Stockwerken unmittelbar neben dem Alten Wasserwerk (vorne rechts) soll zusätzliche Arbeitsplätze für das Klimasekretariat der UN schaffen. Der *BBB* hat dagegen Bedenken.

#### **Zweckentfremdung erweitert**

Künftig fällt auch die regelmäßige, nur kurzfristige Vermietung von Wohnraum unter das Verbot der Zweckentfremdung. Der *BBB* hatte darauf hingewiesen, dass zahlreiche Wohnungen in Bad Godesberg durch Agenturen an Medizintouristen vermietet werden, die ihre Angehörigen während deren Behandlung in Bonner Krankenhäusern begleiten. So werden zahlreiche Eigentumswohnungen in der Innenstadt Bad Godesbergs dem Wohnungsmarkt entzogen. Die Verwaltung schätzt, dass im ganzen Stadtgebiet rd. 2.000 Wohnungen für bis zu 120€/Tag vermietet werden.

#### **Südtangente**

Zum zweiten Mal haben CDU und Grüne eine Abstimmung des Bonner Stadtrats zur Südtangente verhindert. Vor einem Jahr hatte der *BBB* beantragt, die Entscheidung des Regionalrates Köln abzulehnen, dieses Projekt bei der Landesregierung als dringenden Bedarf anzumelden. Damals versteckten sich CDU und Grüne vor einer Abstimmung mit der Begründung, Bonn selbst habe dieses Projekt nicht für den Bundesverkehrswegeplan angemeldet. In der letzten Ratssitzung wurde auf Wunsch der Grünen zunächst die Sitzung unterbrochen. Dann betrachteten CDU und Grüne die vorliegenden Anträge von *BBB* und SPD, die sich gegen die neuen Untersuchungen des Bundesverkehrsministers zu den Realisierungsmöglichkeiten der Südtangente richteten, unter Hinweis auf einen Stadtratsbeschluss aus dem Jahr 1999 (!) als erledigt.